

UNS HAMBURG

Seit 2015 dem Wohle Hamburgs verpflichtet

Alice Weidel im Hamburger Rathaus

Seite 2



Das Potsdamer Lügenmärchen

Seite 4



Übergriffe auf Bezirkspolitiker

Seite 6



Volles Rathaus mit Alice Weidel

Liebe Leser,



Hamburg wählt gleich zweimal! Erst kommt die vorgezogene Bundestagswahl am 23. Februar und am 2. März findet die Bürgerschaftswahl statt. Sie haben die Wahl. Wollen Sie noch mehr unkontrollierte Migration und noch mehr Klimaideologie, die unser Leben immer mehr verteuert?

Oder sind Sie der gleichen Meinung wie wir: Es ist Zeit für Deutschland und Hamburg! Es ist Zeit für unsere Zukunft. Es ist Zeit für sichere Grenzen. Es ist Zeit für unseren Wohlstand. Es ist Zeit für starke Familien. Es ist Zeit für unsere neue Volkspartei.

Als überzeugter Demokrat wünsche ich mir, dass unsere Demokratie demokratischer wird und die Wahlbeteiligung steigt. Die Enttäuschung vieler Bürger und das sinkende Vertrauen in die Regierenden trägt zu der Politik- und Politikerverdrossenheit bei. Außerdem haben viele Bürger es satt, von abgehobenen und weltfernen Politikern bevormundet zu werden.

Deshalb mein Appell: Sie haben die Wahl. Nutzen Sie die Wahl. Und denken Sie daran: Es gibt immer eine Alternative.

Ihr Dirk Nockemann
Fraktionsvorsitzender



Die Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Dr. Alice Weidel, gab sich Mitte Januar im Rathaus die Ehre. Knapp 1.000 Bürger im Großen Festsaal, Kaisersaal und Bürgermeistersaal lauschten ihren Worten, als sie über das Ende der Ampel-Regierung sprach. Sie zeigte auf, wie man Deutschland wieder auf Kurs bringt.

Publikumsmagnet Fraktion im Dialog

Das Interesse und der Andrang waren enorm. Es gab bis zu 2.000 Interessenten, die leider nicht alle zum Zuge kamen. Fraktion im Dialog ist eine feste Größe und der Kassenschlager der AfD im Rathaus. Bei über 200 Veranstaltungen in den letzten zehn Jahren konnte die Fraktion insgesamt über 50.000 Bürger, Unterstützer und auch Kritiker begrüßen.

Großes Presseecho

Alle großen Rundfunkanstalten berichteten, sogar ein japanisches TV-Team war da. Das Abendblatt schrieb: „Es war die große Alice-Weidel-Show“. Und weiter: „Während die AfD-Kanzlerkandidatin sprach, wurde sie immer wieder lautstark von Szenenapplaus unterbrochen, der einen das eigene Wort nicht mehr verstehen ließ.“

Die Morgenpost schrieb zu Weidel im Rathaus: „Das sorgte für Begeisterung unter den Hunderten Anwesenden. Ihre Partei feierte die 45-Jährige, als hätten sie die Wahl schon gewonnen.“ Wollen Sie auch mal bei uns im Hamburger Rathaus dabei sein? Dann melden Sie sich zu unserem Rundbrief an:

blaueranker@afd-fraktion.hamburg.de

Die große Alice-Weidel-Show

Mitte Januar war die AfD-Chefin und Kanzlerkandidatin Alice Weidel auf Einladung der AfD-Fraktion im Hamburger Rathaus. Das rief nicht nur AfD-Freunde, sondern auch ihre Gegner auf den Plan.

Gegendemonstranten legten Stadt lahm

Bis zu 16.000 Menschen demonstrieren gegen den Weidelbesuch. Es gab mehrere Versuche, die Absperrungen zum Rathaus zu durchbrechen. Um Demonstranten vom Rathaus fernzuhalten, sei auch «unmittelbarer Zwang, unter anderem in Form von körperlicher Gewalt und Pfefferspray» eingesetzt worden, so ein Polizeisprecher.

Abendblatt gegen AfD

Das Hamburger Abendblatt brachte es gar fertig, dass in einem Beitrag vor der Veranstaltung die Telefonnummer des Geschäftszimmers angegeben wurde. Der Journalist schrieb: „Käme es jetzt zu einem Anrufaufkommen unter der Fraktionsnummer XXX (Anm. d. Red.: Hier stand die vollständige Rufnummer), würde dies diese Arbeit empfindlich stören.“ Daraufhin setzte Telefonterror ein. Am Tag nach der Veröffentlichung des Beitrags und aufgrund der Beschwerde des Pressesprechers wurde die Telefonnummer ohne Angabe von Gründen herausgenommen.

Altparteien gegen AfD

Der Erste Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD) sprach von ungebetenen



Gästen im Rathaus, aber die Demokratie sei stark und wehrhaft. Dem hatten sich auch Verkehrssenator Anjes Tjarks (Grüne) und der CDU-Landeschef Dennis Thering angeschlossen. Er schrieb: „Alice Weidel ist in Hamburg nicht willkommen!“

Polizei im Großeinsatz

Die Polizei war mit einem Großaufgebot da, um den Bannkreis um den Sitz der Bürgerschaft zu schützen. Im Einsatz waren rund 1.500 Beamte. Dabei wurde die Hamburger Polizei von Kollegen aus Berlin, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein sowie von der Bundespolizei unterstützt.

Alice im Herzchenpulli

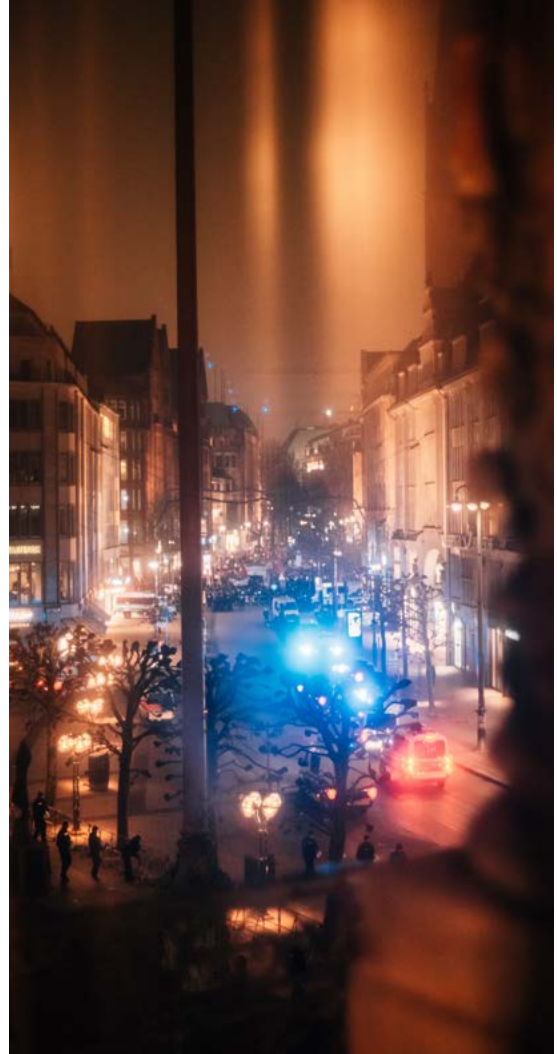
Bereits vor dem Auftritt erklärte Alice Weidel in einem Video, sie freue sich auf den Auftritt: „Ich habe mir extra für die Antifa diesen Herzchenpulli angezogen“. Und sie fügte lächelnd hinzu:

„Make love, not war“. Sie sprach vor rund 1.000 Gästen zum Thema „Schiffbruch für die Ampel: Hamburg und Deutschland wieder auf Kurs bringen!“

Zukunftsplan für Deutschland

Sie versprach einen Zukunftsplan für Deutschland mit strikten Abschiebungen, Sach- statt Geldleistungen für Leistungsempfänger, geschlossenen Grenzen und einem Austritt aus dem EU-Asylsystem. Merkel und die CDU hätten unser Land ruiniert: „Lassen Sie sich nicht belügen und betrügen von den anderen Kaderparteien. Wir machen Politik für Deutschland und für niemand anderen“, sagte sie abschließend. Und versprach lächelnd: „Ich komme wieder!“





Ein Jahr danach: Correctiv-Märchen widerlegt Walczak: Linkes Lügengebäude

Vor über einem Jahr wurde ein Potsdamer Privattreffen im kleinen Kreis von Unternehmern, CDU- und AfD-Leuten skandalisiert. Es gab mehrere Vorträge, in denen auch über die notwendige Abschiebung ausreisepflichtiger Ausländer gesprochen wurde. Und was haben die Medienaktivisten von Correctiv daraus gemacht? Die AfD wolle Millionen

Bürger, darunter auch eingebürgerte Migranten, „vertreiben“. Es ging sogar so weit, dass von „Deportationen“ die Rede war.

Journalist ist ein verurteilter Antifa-Clown

Der Haupt-Rechercheur des Artikels ist Jean Peters. Er bezeichnet sich selbst als Aktionskünstler und warf als Clown verkleidet 2016 der AfD-Politi-

kerin Beatrix von Storch eine Torte ins Gesicht. Wegen tätlicher Beleidigung wurde er für diesen Tortenwurf zu 50 Tagessätzen verurteilt. In einem großen Beitrag in der Wochenzeitung Zeit wurde er gefragt, ob das Wort „Vertreibung“ bei dem Treffen jemals gefallen sei. Er zögert und antwortet dann: Nein. „Aber natürlich war es gemeint.“ Peters Selbstverständnis lässt sich derweil mit einem Blick auf sein inzwischen inaktives Twitterprofil nachvollziehen. 2020 schrieb er dort: „Ich bin #Antifa.“

Geschichte beschäftigt Gerichte

Ob wirklich über die „Ausweisung“ deutscher Staatsbürger diskutiert wurde, darüber wird ein Jahr später vor Gericht gestritten. Journalisten müssen sich ständig korrigieren. Das CDU-Mitglied und der Staatsrechtler Ulrich Vosgerau errang vor Gericht mehrere Siege. So untersagte das Landgericht Hamburg dem ZDF-„Heute-Journal“ mit Beschluss vom 20. Oktober 2024 zu berichten, in Potsdam sei darüber diskutiert worden, massenhaft Menschen mit Migrationshintergrund aus Deutschland zu „deportieren“. Das Gericht fand, das sei keine zulässige wertende Zusammenfassung – sondern irreführend.

AfD: Manipulativer Artikel

Der AfD-Medienpolitiker Krzysztof Walczak begrüßt die juristischen Erfolge: „Im Laufe des Gerichtsverfahrens musste Correctiv auch zugeben, dass in Potsdam nie über die Ausweisung deutscher Staatsbürger nach rassistischen Kriterien gesprochen wurde. Correctiv hatte diesen Eindruck durch eine Manipulation der entsprechenden Passagen im Artikel bewusst erzeugt, indem die diesbezüglichen Behauptungen geschickt als reine Meinungsäußerungen der Autoren kostümiert wurden.“

Unsere politischen Wettbewerber, allen voran die SPD und Bürgermeister Tschentscher, sollten sich schämen, aufgrund dieses manipulativen Artikels Massendemonstrationen zu inszenieren und Oppositionspolitiker verbal zum Abschuss linksextremer Antifa-Horden freizugeben.“



Fast 200 Kirchenasylfälle in Hamburg

Nockemann: Mehr Härte!

In den evangelischen und katholischen Kirchen in Hamburg geht es schon längst nicht mehr nur um Gott und Glaube. Kirchenfunktionäre geben illegalen Migranten Unterschlupf. Sie nennen es humanitären Schutz, für die AfD ist es die Untergrabung des Rechtsstaates.

107 Ausreisepflichtige im Kirchenasyl
Eine Anfrage von AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann zeigt, dass in Hamburg mit Stand vom 9. Dezember 2024 insgesamt 199 Kirchenasylfälle vorliegen. In allen Fällen hat das Bundesamt für Migration (BAMF) die Asylanträge als unzulässig zurückgewiesen. Weiter geht aus der Anfrage hervor, dass sich 2024 107 ausreisepflichtige Personen im Kirchenasyl befanden. 2024 scheiterte zudem die Abschiebung von 65 Personen, die im Kirchenasyl waren.

Behörden gehen gegen Kirchenasylanten vor

Im September 2024 wurden erstmals illegale im Kirchenasyl abgeschoben. Beim Kirchenasyl gibt es eine Verfahrensvereinbarung zwischen dem BAMF und der Kirche. Darin ist vereinbart, dass die Kirchen aussagekräftige Dossiers über ihre Schutzsuchenden im Asyl vorlegen. Das BAMF überprüft den Fall dann noch einmal auf individuelle, humanitäre Härten. Der Hamburger Erzbischof Stefan Heße verteidigt das Kirchenasyl als „ein hohes Gut“: „Es gibt gute Gründe dafür, dass die Tradition des Kirchenasyls staatlicherseits respektiert wird.“

Katz-und-Maus-Spiel

Ein aus dem Kirchenasyl nach Schweden abgeschobener Afghane kehrte nur zwei Wochen später nach Hamburg zurück. Laut Senatsantwort betragen die Gesamtkosten für dessen erneute Inhaftierung knapp 22.500 Euro. Der Afghane wurde wiederholt nach Schweden abgeschoben.

Er lebte in Schweden neun Jahre bei einem Angehörigen, ehe er den Antrag stellte. Als der abgelehnt wurde, versuchte er es in Deutschland. Nach der Ablehnung flüchtete er in eine katholische Pfarrei im Bezirk Bergedorf. Die Abschiebung zieht sich durch diesen Prozess schon Wochen hin.



AfD für Rechtsstaat und gegen Kirchenasyl

Nach Auffassung des AfD-Fraktionschefs Dirk Nockemann darf der Rechtsstaat nicht ausgehöhlt werden: „Das Katz-und-Maus-Spiel des mehrfach illegal eingereisten Afghanen offenbart das verheerende Problem offener Grenzen. Die hohe Zahl der gescheiterten Abschiebungen ist symptomatisch

für das Asylversagen unter Rot-Grün. Das Kirchenasyl darf kein Schlupfloch sein, um die Durchsetzung rechtsstaatlicher Entscheidungen zu umgehen. Wir fordern den rot-grünen Senat auf, Asylmissbrauch zu verhindern und hohe Folgekosten für die Steuerzahler zu vermeiden. Es braucht endlich mehr Härte gegen illegale Einwanderer – schluß mit dem Kuschelkurs!“

AfD will Bezirkspolitiker besser schützen

Schulz: Angriffe auf die Demokratie



Buttersäure-Anschlag auf Auto von AfD-Abgeordneter

Im September 2024 gab es einen fiesen Säureangriff auf die Hamburger AfD-Bezirksabgeordnete Elke Zimmermann. Im Stadtteil Eidelstedt bemerkte der Ehemann der 69-Jährigen einen ätzenden Geruch. Die Feuerwehr rückte sofort aus, auch der Umweltdienst machte sich auf den Weg. Die Abgeordnete ist schockiert: „Ich setze mich als Politikerin für den Stadtteil Eimsbüttel ein. Man kann unterschiedlicher Meinung sein, aber so was geht gar nicht. Ich bin entsetzt.“

Innensenator mit Steinen attackiert

Auch Politiker anderer Parteien sind Opfer von Angriffen. 2019 attackierten maskierte Steinwerfer den Dienstwagen des Hamburgischen SPD-Innensenators Andy Grote. Im Auto saß auch sein zweijähriger Sohn, der auf dem Weg in die Kita war. Die Polizei ging damals von einem politisch motivierten Anschlag aus, aller Wahrscheinlichkeit nach aus der linksextremen Szene. Tatverdächtige wurden nie ermittelt.

Unterstützung für Bürgerschaftsabgeordnete

Die Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft können in solchen Fällen auf Unterstützung gemäß § 7 des Hamburgischen Abgeordnetengesetzes hoffen, die ihnen anteilige Hilfe für Schadensbehebung ermöglicht. Eine solche Unterstützung ist für die Mitglieder der sieben Hamburger Bezirksversammlungen derzeit nicht vorgesehen. Die AfD-Fraktion möchte dies mit einem Antrag ändern und auf die Bezirkspolitiker ausweiten.

AfD: Wehrhafte Demokratie

Der AfD-Bezirkspolitiker Marco Schulz will mit dem Antrag die ehrenamtlichen Mandatsträger besser schützen: „Angriffe auf Ehrenämter und auf Politiker sind direkte Angriffe auf unsere Demokratie. Unsere Demokratie muss wehrhaft sein und geschützt werden. Auch Bezirkspolitiker im Fokus blindwütiger Chaoten. Die AfD-Fraktion fordert daher eine Gesetzesänderung, um Bezirkspolitiker bei politisch motivierten Angriffen zu unterstützen.“

Im Jahr 2023 waren Politiker und Parteimitglieder der AfD am häufigsten das Ziel von Gewaltdelikten: Das Bundeskriminalamt registrierte im besagten Zeitraum 86 angezeigte Gewaltdelikte, wie beispielsweise Körperverletzungen oder Hausfriedensbrüche, und 236 Äußerungsdelikte, wie Beleidigungen oder Nötigungen gegen Repräsentanten der Partei. Die Sicherheitslage gestaltet sich somit zunehmend desolat.

5.400 Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger

Straftaten gegen Politiker nehmen deutlich zu. Auf Bezirksebene werden die ehrenamtlichen Mandatsträger im Regen stehen gelassen. Das Bundeskriminalamt verzeichnete 2023 etwa 5.400 Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger – eine Verdreifachung im Vergleich zu den fünf Jahren zuvor. Die Angriffe betreffen Parteien über alle politischen Lager hinweg.

Gesundheitssystem krank

Reich: Radikale Reformen notwendig

Die Bürger in Deutschland sind Umfragen zufolge immer unzufriedener mit dem Gesundheitssystem. Hauptprobleme sind die Terminvergabe und allgemeines Misstrauen gegenüber den politischen Entscheidungsträgern. Die Coronakrise hat sicherlich nicht zu mehr Vertrauen geführt.

Krankenhausreform kommt

Im Oktober 2024 hat der Bundestag die von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) geplante Krankenhausreform beschlossen. Künftig soll es weniger Kliniken geben und die Verbleibenden sollen sich stärker spezialisieren. Die Reform ist umstritten. Die Hamburger Sozialbehörde ist sich sicher, dass in Hamburg wohl keine Klinik wegen der Krankenhausreform wird schließen müssen.

Abbau befürchtet

Das Gesetz wird von vielen Seiten kritisiert, da es nicht dem Abbau der Gesundheitsstrukturen in der Fläche und dem Rückgang der Versorgungsqualität entgegentritt. Es fehle ein grundsätzlicher Paradigmenwechsel, der die Gesundheit der Patienten und nicht die Wirtschaftlichkeit der Behandlung in den Mittelpunkt stelle.

Steigende Gewalt – steigende Kosten

Eine AfD-Anfrage belegt eine deutliche Zunahme der Gewalt gegen medizinisches Fachpersonal in Krankenhäusern. In den vergangenen fünf Jahren kam es insgesamt zu 169 tätlichen Angriffen in Krankenhäusern. Die Anfrage zeigt auch: 14 Hamburger Kliniken arbeiten mit einem eigenen Sicherheitsdienst. Allein sieben Asklepios-Kliniken geben dafür jährlich einen hohen einstelligen Millionenbetrag aus.

Dortmunder Kliniken rüsten auf

Um seine Mitarbeiter zu schützen, zieht ein Dortmunder Klinikchef schwere Geschütze auf: Die Angestellten sollen jetzt Bodycams tragen. Die Zahlen sprechen für sich. Straftaten in deutschen Krankenhäusern steigen rapide an. 2022 gab es bundesweit 6.894 Rohheitsdelikte in den Krankenhäusern. Also Diebstahl, Raub, Körperverletzungen. Ein Anstieg von 20 Prozent gegenüber dem Jahr 2019. Ein unhaltbarer Zustand.

AfD: Herumdoktern an Symptomen

Für den gesundheitspolitischen Sprecher Thomas Reich ist klar: „Das Gesundheitssystem Deutschlands hat in seiner jetzigen Form keine Zukunft. Wir brauchen radikale Reformen, um einerseits die Leistungen zu verbessern und andererseits die nicht tragbaren Kosten zu reduzieren. Statt immer höherer Beiträge muss aus Sicht der AfD-Fraktion endlich eine wirksame

Strukturreform erfolgen. Wir wollen die wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser durch Abbau von Investitionsstaus verbessern und damit auch die Chance für den Erhalt von wohnortnahen Häusern in kommunaler Trägerschaft erhöhen. Wir unterstützen die Trägervielfalt im Krankenhauswesen und lehnen die Entwicklung hin zur Monopolbildung ab. Wir brauchen endlich einen Kurswechsel.“



Linke Einheitsfront auch mit Gewalt gegen AfD

Wolf: Unsere Demokratie ist in Gefahr

Das Grundgesetz garantiert den Parteien Freiheit und Chancengleichheit. In der Praxis sieht das anders aus. Denn im Hamburger Wahlkampf nehmen Linke es wörtlich: Sie bekämpfen die AfD mit allen Mitteln.

Draußen Wasserwerfer – drinnen Klavier

Im Januar eskalierte die Gewalt bei einem Wahlkampfauftritt von AfD-Bundeschef Tino Chrupalla in der Harburger Friedrich-Ebert-Halle. Die Presse schrieb: „Auf der Straße eskalieren die Proteste, die Polizei setzt Wasserwerfer und Pfeffergas ein, um den Zugang zur AfD-Wahl-

kampfveranstaltung zu ermöglichen. In der Halle empfängt ein Mann am Klavier mit leiser Pianomusik die Gäste.“

Linker Hass auf Bürger

In Harburg machten Linke und Linksextremisten mobil. Hand in Hand blockierten linksgrüne Parteien, darunter auch die SPD, Gewerkschaften, Kirchen und gewaltbereite Antifa-Gruppen den Zugang zur AfD-Veranstaltung. Sogar ältere Mitmenschen wurden bepöbelt, bespuckt und bedrängt. Hass und Gewalt auf Andersdenkende machte sich breit. Manche Gäste kamen nicht durch zur Halle, mehrere Polizisten und Demonst-

ranten wurden im Rahmen der Proteste verletzt.

Hart für Hamburg

In der Friedrich-Ebert-Halle verlief alles harmonisch. Der stellv. AfD-Fraktionschef Dr. Alexander Wolf war froh und dankbar, dass so viele Bürger „sich nicht durch die da draußen haben abschrecken lassen. Denn das sind Feinde der Demokratie.“ Er forderte die politische 180-Grad-Wende – „Hart gegen Gewalttäter - Hart für Hamburg!“

Chrupalla: Unsere Zeit kommt

Der AfD-Bundessprecher wurde von 650 begeisterten AfD-Anhängern empfangen. „Wir werden regieren. Im Land, im Bund, für Deutschland. Über kurz oder lang werden wir regieren. Unsere Zeit der Alternative wird kommen.“ Unions-Kanzlerkandidat Friedrich Merz (CDU) warnte er zudem davor, die Zusammenarbeit mit der AfD weiter abzulehnen.

Fraktion bringt Dringlichkeitsantrag

Die AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft nahm die gewalttätigen Proteste gegen AfD-Wahlkampfveranstaltungen zum Anlass, einen Dringlichkeitsantrag einzureichen. Sie forderte den rot-grünen Senat dazu auf, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass Veranstaltungen und Wahlkampfauftritte aller Parteien im Vorfeld der Bundestags- und Bürgerschaftswahl 2025 ohne Bedrohungen, Behinderungen oder gewalttätige Proteste stattfinden können.

Wolf: Chancengleichheit beeinträchtigt – Demokratie in Gefahr!

Für den Fraktionsvizechef Dr. Alexander Wolf ist es ein beispielloser Anti-AfD-Wahlkampf: „Die Gewalt und die Einschüchterung durch Linksextremisten ist auf das Schärfste zu verurteilen. Gewalt und Einschüchterung dürfen niemals ein Mittel der politischen Auseinandersetzung sein. Der Senat ist aufgefordert, seine Neutralitätspflicht zu wahren, statt die Stimmung noch anzuhetzen. Bei dieser Form der Auseinandersetzung mit Gewalt gegen Andersdenkende müssen gerade in Deutschland alle Alarmsirenen schrillen. Hier geht es nicht nur um die Chancengleichheit; hier geht es um unsere Demokratie!“



Anschlag: Magdeburg ist überall Nockemann: Tickende Zeitbomben

Am 20. Dezember 2024 raste der aus Saudi-Arabien stammende Arzt Taleb ab-Abdulmohsen mit einem Auto in eine Menschenmenge auf dem Magdeburger Weihnachtsmarkt. Er ermordete sechs unschuldige Menschen und verletzte über 300.

Kriminelle Vorgeschichte

Der Attentäter lebt seit 2006 in Deutschland und hat eine kriminelle Vorgeschichte. Sechs Anzeigen werden in der Polizeiakte aufgeführt: Sie reichen von Verleumdung, Bedrohung bis hin zu sexueller Nötigung. Brisant: Er hatte schon vor Jahren damit gedroht, einen Anschlag zu verüben. Er äußerte 2015 in einem Telefonanruf beim Bundeskanzleramt, sich eine Pistole zu beschaffen, um damit zwei Richter zu erschießen. Er forderte eine Änderung des Grundgesetzes, welches er als ausländerfeindlich empfand.

Drohte mit einem Anschlag

Ein Jahr vor der Terrorat drohte er konkret mit einem Anschlag auf Deutschland. Er schrieb im Internet: „Ich werde die deutsche Nation den Preis für die von ihr begangenen Verbrechen gegen saudische Flüchtlinge zahlen lassen.“ Auf „X“ postete er: „Würden Sie es mir verübeln, wenn ich wahllos 20 Deutsche töten würde, weil Deutschland gegen die saudische Opposition vorgeht?“ Ein Richter lehnte eine Durchsuchung beim Arzt ab, weil die Beweislage angeblich zu dünn war. Das Verfahren wurde eingestellt – mit fatalen Folgen.

Tickende Zeitbomben in Hamburg

In Hamburg gibt es zur Weihnachtszeit über 20 Weihnachtsmärkte. Eine AfD-Anfrage zur Sicherheitslage auf Weihnachtsmärkten zeigt unter anderem, dass aktuell 15 islamistische Gefährder im Bereich der politisch motivierten Kriminalität registriert sind. Fünf Gefährder befinden sich auf freiem Fuß in Hamburg, während die übrigen in Haft, in geschlossener Unterbringung oder im Ausland sind.

Vorgegaukelte Sicherheit

Im Dezember 2015 gab es ein islamistisches Attentat auf dem Berliner Weihnachtsmarkt auf dem Breitscheidplatz. 13 Menschen starben, mindestens 67

weitere Besucher des Marktes wurden zum Teil schwer verletzt. Seitdem gehören Betonklötze zum Weihnachtsmarkt wie Tannenbaum und Glühwein. Allerdings helfen derartige Betonquader im Fall der Fälle nicht. Das haben Crash-Tests gezeigt.

AfD: Islamismus größte Gefahr

Für den AfD-Fraktionschef und innenpolitischen Sprecher Dirk Nockemann ist klar: „Wir müssen die tickenden Zeitbomben entschärfen! Der Islamis-

mus ist nach wie vor die größte Gefahr für unsere freiheitliche demokratische Gesellschaft. Wir dürfen gerade bei Großveranstaltungen wie Weihnachtsmärkten keine Lücken zulassen. Eine gezielte Datenerfassung der Kriminalität auf Weihnachtsmärkten ist unerlässlich, um Präventionsmaßnahmen effizient auszurichten. Zugleich muss die Polizeipräsenz erhöht werden. Die Bürger müssen sich auf unseren Weihnachtsmärkten sicher fühlen.“



Parlamentarische Arbeit der AfD-Fraktion

Die AfD-Fraktion reichte in der laufenden Wahlperiode seit Anfang 2020 über 600 Anträge und Gesetzentwürfe in die Hamburger Bürgerschaft ein. Jeder einzelne dieser Vorschläge hatte das Ziel, Hamburg sicherer, transparenter und lebenswerter für die Bürger zu machen. Doch was geschah mit diesen Initiativen? Keiner wurde positiv beschieden, alle wurden abgelehnt. Trotz der Blockadepolitik der anderen Fraktionen lassen wir uns nicht entmutigen! Wir setzen uns weiterhin für eine bürgernahe Politik ein und bringen die Themen auf die Agenda, die viele andere lieber verschweigen würden. Neben unseren Anträgen haben wir seit 2020 knapp 1.700 Große und Kleine Anfragen gestellt. Themen, die sonst unter den Tisch fallen würden, werden so durch uns behandelt. Ihre Meinung ist uns wichtig! Was liegt Ihnen auf dem Herzen? Gibt es Probleme in Ihrem Viertel, die bisher unbeachtet geblieben sind? Wir hören Ihnen zu. Wir kümmern uns. Wir sind Ihre Stimme in der Bürgerschaft – weil Politik für die Bürger gemacht werden muss!

presse@afd-fraktion.hamburg.de

Entwicklung der Bevölkerung in Hamburg

Laut dem Statistikamt Nord betrug der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zum 31.12.2023 in Hamburg insgesamt 40,4 Prozent (790.000 Menschen). Der Ausländeranteil liegt bei 20,7 Prozent (407.000). Spitzenreiter ist der Stadtteil Billbrook. Hier besitzen 88,1 Prozent (1.644) einen Migrationshintergrund, 80,5 Prozent (1.504) sind Ausländer.

Noch drastischer sind die Zahlen bei den Kindern und Jugendlichen. Bei den unter 18-Jährigen beträgt der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund in Hamburg 57 Prozent (187.500). Auch hier ist Billbrook Spitzenreiter. 98,2 Prozent der Kinder und Jugendlichen haben Migrationshintergrund.

Nach Auffassung des AfD-Fraktionschefs Dirk Nockemann wird deutlich: „Die Zahlen lügen nicht: Deutsche werden zur Minderheit im eigenen Land und in Teilen sind die Deutschen die neue Minderheit. Das ist keine wilde Verschwörungstheorie, sondern reine Statistik. Befeuert wird diese Entwicklung von einer verantwortungslosen Asyl- und Migrationspolitik. Die Integration ist in diesem Ausmaß nicht zu bewältigen. Offene Grenzen und ein starker Sozialstaat passen nicht zusammen. Wir brauchen endlich eine Abschiebeoffensive und sichere Grenzen.“

Innenbehörde bewarb Anlaufstelle für Illegale

Die Hamburger Innenbehörde bewarb auf ihrer Seite eine Anlaufstelle für „illegal sich im Bundegebiet aufhaltende Personen“ und änderte nach Anfrage der AfD-Fraktion den Text geringfügig. Der Senat konnte zudem nicht einmal aufschlüsseln, wie viele sich illegal im Bundesgebiet aufhaltende Personen im Erstaufnahmezentrum Hamburg-Rahlstedt registriert wurden oder welche aufenthaltsbeendenden Maßnahmen ergriffen wurden.

Für den Fraktionsvizechef Dr. Alexander Wolf ein Unding: „Die Bewerbung der Innenbehörde für „Personen, die sich illegal im Bundesgebiet aufhalten“ ist ein Skandal und beschädigt das Vertrauen in den Rechtsstaat. Dass der Senat nicht einmal aufzeigen kann, wie viele dieser illegalen Migranten seit Inbetriebnahme der Anlaufstelle registriert wurden oder welche aufenthaltsbeendenden Maßnahmen ergriffen wurden, macht fassungslos. Vor dem Hintergrund terroristischer Attacken und einer überproportionalen Kriminalitätsrate von Ausländern insbesondere bei Gewalt- und Sexualdelikten, sind das Verhalten der Innenbehörde und die Senatsantwort unentschuldig.“

Immer auf dem Laufenden bleiben?



AFD-FRAKTION RUNDBRIEF

Kennen Sie schon den Rundbrief der AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft? Der „Blauer Anker“ erscheint alle zwei Wochen und hält Sie stets auf dem Laufenden über das Geschehen rund um unsere Tätigkeiten. Sie erhalten Videos, Fotos, Einladungen, Ankündigungen und mehr!

Melden Sie sich für den Rundbrief hier an:
blaueranker@afd-fraktion.hamburg.de

Importierter Antisemitismus

Wolf: Nie wieder ist jetzt

In der Präambel der Hamburgischen Verfassung ist festgehalten, dass die Freie und Hansestadt Hamburg sich gegen Antisemitismus einsetzt. Seit dem 7. Oktober 2023 hat sich für viele jüdische Menschen die Situation geändert.

Nahostkonflikt eskaliert

Am 7. Oktober 2023 haben die Hamas und andere bewaffnete palästinensische Gruppen im Süden Israels etwa 1.200 Menschen getötet und 250 Personen entführt. Darauf folgten Angriffe des israelischen Militärs auf den besetzten Gazastreifen. Mal wieder eine Eskalation im nicht enden wollenden Nahostkonflikt.

Unsichtbare Juden

Das hat Folgen, auch in Hamburg. Viele jüdische Menschen in Hamburg ziehen sich zurück, weil sie Angst vor Übergriffen haben. Die Sichtbarkeit der Juden geht deutlich zurück. Diesen Eindruck hat auch der Hamburger Antisemitismusbeauftragte Stefan Hensel. In Hamburger Schulen werde er selbst mittlerweile kaum noch eingeladen. Vor dem 7. Oktober 2023 hatte er noch viele Anfragen.

Erschreckende Dunkelfeldstudie

Insgesamt 548 Juden, überwiegend aus Hamburg, berichten in der Studie über ihre Alltagserfahrungen mit Antisemitismus. In den vergangenen zwölf Monaten waren demnach 77 Prozent der Befragten von antisemitischen Vorfällen betroffen. 89 Prozent der Betroffenen gaben an, ihre Religion nicht frei ausüben zu können. Ein Großteil vermeidet es demnach, die eigene jüdische Identität öffentlich sichtbar zu machen.

Antisemitische Attacke mit Folgen

Bei einer Kundgebung gegen Antisemitismus in der Hamburger Innenstadt verletzte ein Jugendlicher mit Migrationshintergrund im September 2021 einen jüdischen Demonstranten schwer am Auge. Er schlug dem 61-Jährigen unvermittelt mit der Faust ins Gesicht und zertrümmerte ihm das Jochbein, die Nase und die Brille. Splitter der Brille verletzten den Sehnerv am rechten Auge des Opfers. Der Mann ist auf dem Auge seitdem fast blind. Jetzt muss der



Angreifer seinem Opfer 100.000 Euro Schmerzensgeld zahlen. Unklar ist, ob er das Geld jemals zahlen kann.

Broder: Kollateralschaden der Integrationspolitik

Der wichtigste Grund für den wachsenden Antisemitismus in Deutschland ist laut dem Journalisten Henryk M. Broder die gescheiterte Integrationspolitik. Er sagt: „Der Antisemitismus, den wir jetzt erleben, ist ein Kollateralschaden der Integrationspolitik.“ Schon der Hamburger Modeschöpfer Karl Lagerfeld sagte 2017: „Wir können nicht Millionen Juden töten und Millionen ihrer schlimmsten Feinde ins Land holen.“

AfD: Gescheiterte Integration

Für den Fraktionsvizechef und Sprecher für jüdische Belange Dr. Alexander Wolf kommen die fremden Konflikte auf deutschem Boden mit Ansage: „Wir erleben einen importierten Antisemitismus aus radikal-islamischen Kulturen, dem SPD und Grüne nicht zuletzt durch die Massenmigration Tür und Tor geöffnet haben. Das bunte Deutschland hat ein Antisemitismusproblem – noch offensichtlicher könnte es kaum werden. Wir fordern ein hartes Durchgreifen der Sicherheitsbehörden. Wie sagen in Anbetracht dieser Umstände: Nie wieder ist jetzt.“



Dirk Nockemann

Fraktionsvorsitzender und Mitglied
in folgenden Ausschüssen:

Innenausschuss, Ausschuss für Justiz und Verbraucherschutz, Verkehrsausschuss

Fachsprecher für:

Inneres, Islam, Justiz, Verkehr, Öffentlicher Dienst, Parlamentsreform

afd-fraktion-hamburg.de/dirk-nockemann/

facebook.com/Dirk.Nockemann.AfD/

dirk.nockemann@afd-hamburg.de

Dr. Alexander Wolf

Stellv. Fraktionsvorsitzender und Mitglied
in folgenden Ausschüssen:

Stadtentwicklungsausschuss (Vorsitz), Schulausschuss,
Kultur- und Medienausschuss, Parl. Untersuchungsausschuss "Cum-Ex"

Fachsprecher für:

Einwanderung/Integration, Islam/Jüdische Belange,
Schule, Bauen und Stadtplanung, Kultur, Jagd, Fischerei

afd-fraktion-hamburg.de/dr-alexander-wolf/

facebook.com/Alexander.Wolf.AfD/

alexander.wolf@afd-hamburg.de



Krzysztof Walczak

Parlamentarischer Geschäftsführer und Mitglied
in folgenden Ausschüssen:

Ausschuss für Wirtschaft und Innovation, Wissenschaftsausschuss,
Verfassungs- und Bezirksausschuss, Ausschuss für die Zusammenarbeit der
Länder Hamburg und Schleswig-Holstein, Europaausschuss

Fachsprecher für:

Wirtschaft, Wissenschaft, Verfassung, Hafen
Digitales, Europa, Antidiskriminierung, Innovation,
Tourismus, Medien, Verbraucherschutz, Antidiskriminierung

<https://afd-fraktion-hamburg.de/krzysztof-walczak/>

<https://www.facebook.com/walczak.afd>

krzysztof.walczak@afd-hamburg.de



Marco Schulz

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Soziales, Arbeit und Integration, Öffentliche Unternehmen,
Sportausschuss

Fachsprecher für:

Arbeit, Bezirke, Soziales, Öffentliche Unternehmen, Sport

afd-fraktion-hamburg.de/marco-schulz/

marco.schulz@afd-hamburg.de





Dr. Claus Schuelke

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Haushaltsausschuss, Eingabenausschuss

[✉ claus.schuelke@afd-hamburg.de](mailto:claus.schuelke@afd-hamburg.de)

Thomas Reich

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Gesundheitsausschuss,
Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie

Fachsprecher für:

Energie, Gesundheit, Umwelt, Behinderte,
Datenschutz, Kirchen, Senioren, Tierschutz, Umwelt

[🌐 afd-fraktion-hamburg.de/thomas-reich/](http://afd-fraktion-hamburg.de/thomas-reich/)

[f www.facebook.com/thomas.reich.afd](https://www.facebook.com/thomas.reich.afd)

[✉ thomas.reich@afd-hamburg.de](mailto:thomas.reich@afd-hamburg.de)



Detlef Ehlebracht

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Stadtentwicklungsausschuss, Verkehrsausschuss

[✉ D_Ehlebracht@outlook.de](mailto:D_Ehlebracht@outlook.de)

Die AfD-Fraktion in den Medien

Eine Auswahl der Presseberichterstattung

ZDF (17.01.2025): Hamburg: Tausende bei Protest gegen AfD

In Hamburg haben mehr als 16.000 Menschen gegen die AfD und deren Kanzlerkandidatin Alice Weidel protestiert. Weidel sprach am Abend bei einer Veranstaltung der AfD-Bürgerschaftsfraktion vor rund 1.000 Gästen im Großen Festsaal des Rathauses. Die Polizei sicherte den Bannkreis um den Sitz der Bürgerschaft. Im Einsatz waren den Angaben zufolge rund 1.500 Beamte. Auch Bürgermeister Tschentscher betonte, Weidel sei nicht willkommen. Die Hamburger AfD reagierte empört auf Tschentschers X-Post. „Während friedfertige Bürger unserer Veranstaltung beiwohnen möchten, planen Linke gewaltsame Blockaden“, sagte AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann. Anstatt diese Gewaltandrohungen konsequent zu verurteilen, falle Tschentscher nichts weiter ein, als von „ungebetenen Gästen“ zu fabulieren und die Stimmung anzuheizen, sagte er laut Mitteilung der AfD-Fraktion.

dpa (15.01.2025): Bürgerschaft streitet über Rückkauf von Pflegen und Wohnen

Für 380 Millionen Euro will die Stadt Hamburg die Einrichtungen von Pflegen und Wohnen zurückkaufen. Was Rot-Grün als Daseinsvorsorge sieht, ruft die Opposition in der Bürgerschaft auf den Plan. AfD-Fraktionsvize Alexander Wolf kritisierte, dass 380 Millionen Euro „für die Verstaatlichung eines Unternehmens ausgegeben“ werden sollen, ohne dass einen einzigen neuen Pflegeplatz zu schaffen. Er sprach von einem rot-grünen Versuch, „in Wahlkampfzeiten zu punkten“.

dpa (06.01.2025): Senat: Jungfernstieg kein Brennpunkt der Kriminalität

Am Hamburger Jungfernstieg sind in der Vergangenheit zahlreiche Straftaten verübt worden. Der Senat hält den Boulevard zurzeit aber für keinen Brennpunkt der Kriminalität. Die AfD sieht das anders. Eine Zunahme gab es bei den Streitigkeiten, die im vergangenen Jahr 162 Polizeieinsätze erforderten, nach 137 im Jahr 2023. Auch die Zahl der Körperverletzungen stieg – und zwar von 100 auf 111. „Die Entwicklung des Jungfernstiegs vom Prachtboulevard zur No-go-Area für Frauen geht auf das Konto von Rot-Grün“, erklärte Fraktionschef Dirk Nockemann. Der Senat habe es offenkundig versäumt, den Jungfernstieg zu einem sicheren Ort zu machen. Die AfD-Fraktion fordert die Einrichtung einer dauerhaften Polizeiwache am Jungfernstieg.

dpa (22.12.2024): Hamburg erhöht Sicherheitsvorkehrungen

Nach dem Anschlag in Magdeburg mit mindestens fünf Toten und mehr als 200 Verletzten hat die Polizei in Hamburg ihre Präsenz auf Weihnachtsmärkten vorsorglich erhöht und Sicherheitsvorkehrungen kontrolliert. Der Vor-

sitzende der AfD-Bürgerschaftsfraktion, Dirk Nockemann, sprach von einem Staatsversagen ungeheuren Ausmaßes. „Es ist schleierhaft, wie dieser Mann den Sicherheitsbehörden entgehen konnte.“

Bild (18.12.2024): Hamburg schiebt Afghanen zwei Mal nach Schweden ab

Das Katz-und-Maus-Spiel mit den Behörden ist vorbei – vorerst! Der Afghane (29), der aus dem Kirchen-Asyl in Hamburg heraus abgeschoben worden war und zwei Wochen später wieder in der Hansestadt auftauchte, ist ein zweites Mal abgeschoben worden. Das teilt der rot-grüne Senat auf eine Kleine Anfrage der AfD mit. In 2023 und 2024 bekamen bisher 199 ausreisepflichtige Flüchtlinge Kirchen-Asyl in Hamburg. 2023 scheiterte die Abschiebung von 56 und im bisherigen Jahr 2024 von 65 Personen. Die Kosten für den Steuerzahler für die Inhaftierung vor der zweiten Abschiebung: 22.497,30 Euro. AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann (66): „Die hohe Zahl der gescheiterten Abschiebungen ist symptomatisch für das Asylversagen unter Rot-Grün. Das Kirchen-Asyl darf kein Schlupfloch sein, um die Durchsetzung rechtsstaatlicher Entscheidungen zu umgehen.“

dpa (16.12.2024): Haushaltsberatungen im Wahlkampfmodus

44 Milliarden Euro will Hamburg in den kommenden beiden Jahren ausgeben – so viel wie noch nie. In der Bürgerschaft haben die Schlussberatungen zum Doppelhaushalt begonnen – mit einem Schlagabtausch. Der rot-grüne Haushaltsplan enthalte vor allem Wohltaten für „links-grüne Milieus“, die zulasten der Steuerzahler und künftiger Generationen gingen, sagte AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann. Die Bürger machten das nicht mehr mit, „weil sie nicht mehr die Melkkuh sein wollen für ihre irrsinnigen links-grünen Projekte“, sagte er.

Junge Freiheit (04.12.2024): In diesem Hamburger Stadtteil leben fast nur noch Migranten

Neue Daten zur Demographie in Hamburg: Fast jeder Zweite hat einen Migrationshintergrund, jeder Fünfte ist Ausländer. Eine Zahl schockiert besonders. Die AfD sieht eine vermeintliche Verschwörungstheorie bestätigt. Der Fraktionsvorsitzende der AfD, Dirk Nockemann, hat die Marginalisierung der Deutschen in der Hansestadt kritisiert. „Die Zahlen lügen nicht: Deutsche werden zur Minderheit im eigenen Land und in Teilen sind die Deutschen die neue Minderheit. Das ist keine wilde Verschwörungstheorie, sondern reine Statistik.“ Die Folgen davon seien „unverkennbar: explodierende Sozialausgaben sowie steigende Gewaltkriminalität“, monierte Nockemann. Hintergrund ist ein am Dienstag erschienener Bericht des Statistischen Landesamtes, wonach 40,4 Prozent (790.000 Personen)

in Hamburg einen Migrationshintergrund haben – darunter 20,7 Prozent Ausländer. Den prozentual höchsten Ausländeranteil hat der Stadtteil Billbrook mit 80,5 Prozent. 88,1 Prozent der Bevölkerung haben dort einen Migrationshintergrund. Unter Kindern und Jugendlichen sind die Zahlen noch deutlicher. In Billbrook haben 98,2 Prozent der unter 18jährigen einen Migrationshintergrund, in ganz Hamburg sind es 57 Prozent. Der AfD-Politiker hält dies für problematisch. „Schon Kohl wusste: „Die multikulturelle Gesellschaft ist eine Illusion von Intellektuellen.“ Offene Grenzen und ein starker Sozialstaat passten nicht zusammen. Und weiter: „Wir brauchen endlich eine Abschiebeoffensive und sichere Grenzen.“

Bild (30.11.2024): Intensivtäter vom Prachtboulevard darf bleiben!

Wie ernst meint es der Staat damit, kriminelle Ausländer konsequenter abzuschieben? Ein Fall aus Hamburg zeigt, dass längst nicht alle Mittel ausgeschöpft werden. Amir N. (19) ist afghanischer Intensivtäter, Kopf einer kriminellen und brutalen Bande. Ihre Mitglieder, Afghanen, Syrer, Iraner, terrorisieren ganze Stadtteile, begehen schwere Raubüberfälle, handeln mit Drogen, haben Waffen! Ihre Taten begehen die Brutalo-Ausländer um Amir N. häufig am Hamburger Pracht-Boulevard Jungfernstieg. Dennoch: Die Behörden der Stadt verlängerten dem Mann, der 2015 als Zehnjähriger mit seinen Eltern und drei Geschwistern nach Deutschland kam, jetzt wieder einmal die sogenannte Fiktionsbescheinigung, die ihm ein weiteres halbes Jahr bei uns garantiert. Das geht aus einer Anfrage der AfD an den rot-grünen Senat in Hamburg hervor.

Offiziell, weil noch der Ausgang eines Strafverfahrens abgewartet werden soll. Wird er in dem Prozess, bei dem es mit hoher Wahrscheinlichkeit um schweren Raub mit einer Schusswaffe geht, verurteilt, könnte es für ihn endlich eng werden. N. wird schon seit 2022 im sogenannten „Obachtverfahren“ geführt, in dem die Polizei die strafrechtlich auffälligsten Gewalttäter unter 21 Jahren zusammenfasst. Im April rückte das SEK bei seiner Folgeunterkunft an. Bei mehreren Banden-Mitgliedern stellten die Fahnder Drogen, Waffen und Bargeld sicher. Ein Richter schickte den Afghanen in den Knast. Doch er ist längst wieder draußen – und weiter geduldet. Amirs Bande, die sogenannten „315er“, besteht aus mindestens einem weiteren Afghanen (19), der ausreisepflichtig, aber noch da ist. Und einem Syrer (20), der von der Polizei wegen der Menge seiner Straftaten als Intensivtäter geführt wird, aber eine Aufenthaltserlaubnis hat. Hamburgs AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann (66): „Schwerkriminelle Migranten aus Afghanistan und Syrien müssen auf schnellstem Wege abgeschoben werden.“

Zahlen statt Worte



**1,3
Millionen**

Kreuzfahrtpassagiere waren 2024 in Hamburg. 266 Mal haben Kreuzfahrtschiffe im vergangenen Jahr in Hamburg festgemacht.

Quelle: NDR



**Mindestens
3.787**

Menschen lebten Anfang 2024 obdachlos in Hamburg. 2018 waren es noch 1.910.

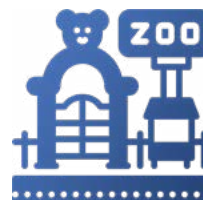
Quelle: Wohnungslosenbericht der Bundesregierung



**14,83
Millionen**

Passagiere nutzten 2024 den Hamburger Flughafen. Das entspricht einem Plus von neun Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Quelle: Abendblatt



1.400 Euro

pro Tag betragen die täglichen Futterkosten im Tierpark Hagenbeck.

Quelle: Hagenbeck



993 Liter

Regen pro Quadratmeter fielen 2024 in Hamburg als Regen. In den Bundesländern Saarland, Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg regnete es mehr.

Quelle: Statistikamt Nord



21 Menschen

sind in Hamburg in Sicherungsverwahrung – davon laut Justizbehörde 7 aus Schleswig-Holstein. Die Gesamtzahl bewegt sich damit auf ähnlichem Niveau wie in den Vorjahren.

Quelle: Justizbehörde



**495 Millionen
Fahrgäste**

zählte die Hochbahn im vergangenen Jahr. Das sind 27 Millionen Menschen oder sechs Prozent mehr als im Vorjahr.

Quelle: NDR



Rund 16.200

Asylbewerber kamen 2024 in Hamburg an.

Quelle: NDR

Wie gut kennen Sie sich politisch aus? Machen Sie mit bei unserem Quiz!

**Jetzt mitmachen und zwei Abendessen für jeweils zwei Personen
gemeinsam mit einem Überraschungsgast hier in Hamburg gewinnen!**

Wer ist die Kanzlerkandidatin der AfD?

• Alice Weidel • Alice Schwarzer • Alice Hoffmann

Wie heißt der Spitzenkandidat der AfD zur Bürgerschaftswahl?

• Dirk Nowitzki • Dirk Roßmann • Dirk Nockemann

Richtige Lösung eingeben unter:

<https://uns-hamburg.de/quiz>

oder per Mail schicken an:

presse@afd-fraktion.hamburg.de

Betreff: Hamburg-Quiz

oder per Post an:

AfD-Fraktion in der Hamburgischen
Bürgerschaft

Stichwort: Hamburg-Quiz

Schmiedestraße 2

20095 Hamburg

Einsendeschluss ist der

30. Mai 2025.

Unter den richtigen Einsendern
entscheidet das Los. Der Rechtsweg ist
ausgeschlossen.

Die AfD-Fraktion wünscht viel Glück!

Auf den Seiten 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, und 11 be-
finden sich Darstellungen, die unter Zu-
hilfenahme künstlicher Intelligenz gene-
riert worden sind.

Impressum

AfD-Fraktion in der Hamburgischen
Bürgerschaft, Schmiedestraße 2,
20095 Hamburg

Redaktionsschluss:

1. Februar 2025

Verantwortlich im Sinne des Presse-
rechts: Dirk Nockemann

Verantwortlicher Redakteur:

Robert Offermann

Telefon: 040/42831-2518

✉ presse@afd-fraktion.hamburg.de

Diese Publikation informiert über
die Arbeit der AfD-Bürgerschafts-
fraktion. Sie darf nicht zu Wahlwer-
bezwecken verwendet werden.

Informationen über die Arbeit der
AfD-Fraktion aus erster Hand?

Bestellen Sie hier unseren
Newsletter:

🌐 afd-fraktion-hamburg.de/newsletter

Ihr Kontakt zur AfD-Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft:

AfD-Fraktion in der Hamburgischen
Bürgerschaft

Schmiedestraße 2, 20095 Hamburg

040 42831 - 2518

(Sie erreichen uns zwischen 9 und 18 Uhr.)

✉ info@afd-fraktion.hamburg.de

🌐 afd-fraktion-hamburg.de

📘 facebook.com/afd.fraktion.hamburg

🐦 twitter.com/AfD_Fraktion_HH

📺 youtube.com/c/AfDFraktionHamburg

📷 instagram.com/afd.fraktion.hamburg/

